



Foto: Nationalpark-Hohe Tauern / Tobias Kaser

Die Sulzbachtäler wurden erst im Vorjahr als geschütztes Wildnisgebiet anerkannt. Am Eingang des Tals soll nun ein Wasserkraftwerk errichtet werden, und auch für den Hochwasserschutz könnte das Tal herhalten müssen.

In den Nationalparks kommt der Artenschutz zu kurz

Die Schutzgebiete würden zu einem Marketingtool des Tourismus verkommen, warnen Wissenschaftler. Debattiert wird über Hochwasserbauten in den Hohen Tauern und eine verschleppte Erweiterung in den Kalkalpen.

Stefanie Ruep

Die österreichischen Nationalparks feiern heuer ihr 50-jähriges Bestehen. Für einige Wissenschaftler ist das Jubiläum nicht nur Grund zur Freude. Das mit hochkarätigen Ökowschaftern besetzte Forum Wissenschaft & Umwelt warnt vor mehreren Fehlentwicklungen in den letzten Jahren. Zahlreiche schädigende Eingriffe seien zu beobachten, und Rechnungshofberichte hätten gravierende Mängel aufgezeigt, sagt Robert Brunner, langjähriger Direktor des Nationalparks Thayatal.

Und das obwohl die Nationalparks die Orte mit der höchsten Biodiversität in Österreich sind. Mehr als 70 Prozent der wichtigsten Artengruppen Österreichs sind dort vertreten. Für viele gefährdete und seltene Arten zählen die 2400 Quadratkilometer an Naturreservaten zu den letzten Rückzugsorten.

Konzept wird verwässert

Grundsätzlich stehe Österreich mit seinen Schutzgebieten auf dem Papier gar nicht schlecht da, sagt der Verhaltensbiologe Kurt Kotrschal. Das Problem sei, dass der Großteil der Gebiete zwar für das Tourismusmarketing da sei, aber immer weniger dahinterstehe: „Das Konzept wird verwässert, und die Nationalparks versandeln“, betont Kotrschal. Ein aktuelles Beispiel zeige, dass die Nationalparks ihrem Schutzauftrag nicht nachkommen – nämlich dass große Beutegreifer wie Wölfe, Luchse und Bären nach Österreich einwandern und dann verschwinden.

„Der Artenschutz wird in vielen Nationalparks nicht ernst genommen, obwohl wir uns in einer Biodiversitätskrise befinden“, sagt Kotrschal. „Im Moment werden die Nationalparks ausgehöhlt zu einem Marketingtool der Tourismuswirtschaft.“ Daher fordert das Forum, die Schutzgebiete zu vergrößern und ihren Auftrag ernst zu nehmen sowie Kon-

trollorgane einzurichten, statt unvereinbaren Nutzungsansprüchen verschiedenster Interessengruppen nachzugeben. Die Mängel im Management der Naturschutzgebiete müssten im Einklang mit Richtlinien der Weltnaturschutzunion IUCN behoben werden.

In Salzburg laufen die Uhren anders. Anstatt die Schutzziele, wie von der Wissenschaft gefordert, vehement zu verteidigen, wurde im Vorjahr sogar die Verkleinerung der streng geschützten Kernzone der Hohen Tauern diskutiert. Dem Zonierungsentwurf wurde zwar von Nationalpark-Landesrätin Daniela Gutsch (ÖVP) eine Absage erteilt.

Aktuell wird jedoch erneut ein Eingriff in der Kernzone debattiert: Nach dem jüngsten Hochwasser im Salzachtal fordern mehrere Bürgermeister im Oberpinzgau, dass Schutzbauten in den Nationalpark hineinmüssen. Raumordnungs-Landesrat Josef Schwaiger (ÖVP) pflichtet ihnen bei und will bis Jahresende einen Plan vorlegen. Die größten Rückhalteflächen sieht er im Krimmler Achtal und im Obersulzbachtal.

Der Salzburger Naturschutzbund fordert einen runden Tisch aller Experten, Naturschützer und Grundeigentümer, um über den Hochwasserschutz zu debattieren und Lösungen für die Folgen des Klimawandels zu finden. „In diesem Sinne sind auch aus unserer Sicht Eingriffe in Schutzgebiete nicht gänzlich tabu“, schreibt der Vorsitzende des Naturschutzbundes, Winfried Herbst, in einem offenen Brief an die Salzburger Landesregierung. Trotz aller Notwendigkeit sei die Suche nach landschafts- und naturverträglichen Lösungen weiterhin bedeutsam.

Pläne gibt es im Obersulzbachtal bei Neunkirchen am Großvenediger nicht nur für

einen Hochwasserschutz. Die Salzburg AG will am Eingang zum Nationalpark ab 2022 ein Wasserkraftwerk bauen und hat um die wasserrechtlichen Bewilligungen angesucht. Und das, obwohl die Sulzbachtäler erst im Vorjahr als geschütztes Wildnisgebiet von der IUCN ausgezeichnet wurden.

Wasserkraftwerk geplant

Naturschützer von Alliance for Nature und dem Naturschutzbund gehen wegen der Pläne auf die Barrikaden. Das Kraftwerk würde einen Großteil des Wassers aus dem Sulzbach ausleiten, es verbleibe nur Restwasser im

Bach, und das würde den Zustand des Gewässers verschlechtern, warnt der Naturschutzbund. Alliance for Nature sieht Fauna und Flora massiv gefährdet. Von der Salzburg AG heißt es, der Gewässerzustand werde nicht

negativ beeinflusst. Auch am Nationalpark Kalkalpen in Oberösterreich gibt es viel Kritik. Seit seiner Gründung 1997 ist im Landesgesetz eigentlich vorgesehen, dass der Nationalpark erweitert werden soll. Geschehen ist in den letzten 24 Jahren dahingehend nichts. Das kritisierte im Frühjahr auch der Landesrechnungshof (LRH). Auch heuer wurde keine Erweiterung vom Landtag beschlossen.

Bemängelt wurde vom LRH auch die Priorität des Tourismus. Denn 1,4 Millionen Euro wurden 2019 in den Ausbau eines verlustreichen Seminarhotels gesteckt. Und das, obwohl die Finanzlage des Nationalparks bereits zwei Jahre zuvor schlecht gewesen sei und 2019 sogar Zahlungsunfähigkeit drohte. Zudem würden die Kontroll- und Aufsichtsrechte der Abteilung Naturschutz von der Nationalpark-GmbH nicht anerkannt werden.

Grüne wollen Tempo 30 für Stadt Salzburg

Bürgermeisterpartei ÖVP lehnt Vorschlag ab

Thomas Neuhold

Der Vorstoß von Baustadträtin Martina Berthold (Bürgerliste / Die Grünen) hat die anderen Salzburger Stadtparteien sichtlich überrascht: Die Stadt Salzburg möge es doch Paris gleichtun und flächendeckend Tempo 30 im Stadtgebiet einführen. Nur wenige Hauptverkehrsstraßen sollten von der 30er-Beschränkung ausgenommen bleiben, und auch diese sollten an neuralgischen, unfallträchtigen Punkten mit einem 30er entschärft werden. Paris hat seit Ende August diese Regelung.

Die Bürgerliste hat im Gemeinderat einen entsprechenden Antrag gestellt und argumentiert, Tempo 30 bringe „weniger Stress, weniger Staus, weniger Lärm und weniger Schadstoffe, dafür aber deutlich mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer“.

Ein Blick in die steirische Landeshauptstadt Graz bestätigt die Salzburger Stadträtin. Dort wurde das Modell bereits 1992 eingeführt. Graz war Vorreiter in Österreich. Die Unfallzahlen haben sich seither um ein Viertel reduziert.

Die Grazer Verkehrstadträtin Elke Kahr (KPÖ) fordert, das Grazer Modell generell in die Straßenverkehrsordnung aufzunehmen: „Es ist sinnvoll, in der StVO Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts und Tempo 50 als Ausnahme zu verankern“, sagt Kahr.

Der Verkehrsclub Österreich (VCO) rechnet dazu vor: „Ein Pkw, der bei Tempo 30 einen Anhalteweg von elf Metern hat, hat bei Tempo 50 einen Anhalteweg von 24 Metern. Nach elf Metern hat das Auto noch eine Geschwindigkeit von 49 Stundenkilometern. Wird ein Fußgänger mit diesem Tempo angefahren, ist das Risiko schwerster oder gar tödlicher Verletzungen sehr hoch.“

Schutz für Kinder

Unterstützt wird der Vorschlag der Bürgerliste nur von der KPÖ. „Tempo 30 kann vor allem Kinderleben retten“, sagt Gemeinderat Kay-Michael Dankl. Die Aufprallwucht eines Autos, das mit Tempo 50 ein Kind trifft, entspreche einem Sturz aus zehn Meter Höhe. Bei Tempo 30 seien es nur 3,6 Meter Höhe. Dankl bezieht sich auf eine Studie der Uni Duisburg-Essen, nach der die Unfallrisikominderung am stärksten bei den nichtmotorisierten Verkehrsarten festzustellen sei. Fußgänger, Radfahrer, ältere Menschen, Behinderte und insbesondere Kinder würden durch Tempo 30 besser geschützt. Die Reduktion der Unfallzahlen zeige Werte zwischen 60 und 70 Prozent.

Die Salzburger Bürgermeisterpartei ÖVP hat mit Bertholds 30er-Idee wenig Freude. Hauptargument der Türkisen: Bereits jetzt seien 80 Prozent der Straßen in der Stadt Salzburg Tempo-30-Zonen. Das Geschwindigkeitslimit sei ohnehin bereits flächendeckend.

Fahrraddemo am Samstag

Bei einem anderen Brennpunkt der Salzburger Verkehrspolitik sieht sich die ÖVP neuerdings mit Protesten auf der Straße konfrontiert. Für kommenden Samstag (Treffpunkt 14 Uhr, Bahnhofsvorplatz) hat die Salzburger Radlobby zu einer Fahrraddemo aufgerufen. Unter dem Motto „Ja zum Rad!“ soll unter anderem gegen die Pläne von Bürgermeister Harald Preuner (ÖVP) protestiert werden, der die Radverkehrskoordination im Magistrat Salzburg abschaffen will.